

Tagesordnung 1 Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 12.09.2006

Vorlage Nr. 06-F-01-0082

- a) Zurückstellen von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen**
b) Lockerung der generellen Arbeitsverbote
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.09.2006 -
Der Ausschuss möge beschließen:

zu a) Der Magistrat wird gebeten, angesichts der jetzt anstehenden Regelung der Innenministerkonferenz über eine Bleiberechtsregelung die zur Verfügung stehenden Ermessensspielräume zu nutzen und bis dahin von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen.

Zu b) Im Blick auf die zu erwartenden Regelungen durch die Landesinnenminister wird der Magistrat darüber hinaus gebeten, dem betroffenen Personenkreis keine generellen Arbeitsverbote zu erteilen, sondern Anträge auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis wohlwollend zu prüfen, damit den Geduldeten ermöglicht wird, die voraussichtlichen Kriterien einer Bleiberechtsregelung zu erfüllen.

Begründung:

In Wiesbaden leben 841 Menschen mit Duldung, davon 248 Minderjährige. 306 Geduldete sind seit über 10 Jahren und 177 seit mehr als 5 Jahren in Deutschland. Das neue Aufenthaltsgesetz sieht in den §§ 23, 23a und 25 Abs. 4 Härtefallregelungen vor, zu denen im Einzelnen noch Ausführungsbestimmungen entwickelt werden müssen. Sollte sich die Innenministerkonferenz in absehbarer Zeit auf eine Bleiberechtsregelung einigen, könnten viele dieser langjährig Geduldeten ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erlangen.

Beschluss Nr. 0037

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.09.2006 betr.

- a) Zurückstellung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen
b) Lockerung der generellen Arbeitsverbote

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0037 vom 12.09.2006

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2006

Spruch
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2006

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister